



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Altvater_E_2008

Elemente einer Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert

Elmar Altvater

Beitrag zur Tagung der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft zum Thema „*Den Vorrang hat der Mensch!*“ *Alternativen zum Neoliberalismus* vom 28. bis 30. September 2007 in Friedensau bei Magdeburg. Der folgende Text ist die weitgehend wortgetreue Nachschrift einer Bandaufzeichnung des frei gehaltenen Vortrags. Wir danken Elmar Altvater für die Erlaubnis zur Veröffentlichung des von Helmut Johach besorgten Transkripts. Erstveröffentlichung in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe - ISBN 1437-0956) 12 / 2008, Tuebingen (Selbstverlag) 2008, S. 71-79.

Copyright © 2008 by Professor Dr. Elmar Altvater, Ihnestr. 22,14195 Berlin, E-Mail: altvater[at-symbol]zedat.fu-berlin.de

Das Thema des heutigen Vormittags ist etwas allgemein formuliert: „Elemente einer Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert“. Das verweist natürlich darauf, dass Kapitalismuskritik im 19. Jahrhundert - nehmen wir einmal die von Karl Marx - im 21. Jahrhundert vielleicht einige Veränderungen erfahren müsste. Das gilt ebenfalls für die Kapitalismuskritik des 20. Jahrhunderts, und das hat natürlich dann auch mit Erich Fromm zu tun, der ja im 20. Jahrhundert gelebt hat und nicht im 21. Jahrhundert. Die Frage ist also: Wie müssten wir *heute* Kapitalismuskritik betreiben, natürlich fußend, im wahrsten Sinne des Wortes, auf den Schultern dieser ganz Großen aus dem 19. und 20. Jahrhundert, denn das 21. Jahrhundert ist viel zu kurz, als dass wir Kapitalismuskritik mit Geistern leisten könnten, die nur im 21. Jahrhundert gelebt hätten - es wäre wohl ziemlich kindisch, was dann herauskommen würde.

1. Gründe für Kapitalismuskritik

Nun also: *Kapitalismuskritik*. Es ist ja nicht so, dass dieser Kapitalismus so funktionieren würde, wie es von den Vertretern der Wirtschaft versprochen wird und auch von den großen Theoretikern des Kapitalismus den Menschen immer erzählt worden ist, in den großen Erzählungen von Adam Smith oder David Ricardo aus dem frühen 19. Jahrhundert etwa, oder von den „alten“ Neo-Liberalen aus den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts, die sich sehr von denen unterscheiden, die wir heute als Neo-Liberale bezeichnen - Eucken und Röpke, auch Hayek gehörten damals dazu. Die haben immer versprochen, der Kapitalismus würde doch nur Positives für die Menschen bringen. Wenn die einzelnen Menschen negative Erfahrungen machen, dann liege es ausschließlich an ihnen selbst, denn sie seien für sich selbst verantwortlich. Diese Individualisierung fußt natürlich auf der Vorstellung einer Befreiung des Individuums aus den Bindungen, die dem Kapitalismus oder dem bürgerlichen Zeitalter vorausgegangen sind, und das war tatsächlich ein historischer Fortschritt. Wenn der Wohlstand der Nationen, wie es Adam Smith 1776 in seinem Hauptwerk geschrieben hatte, wirklich steigen würde durch die kapitalistische Entwicklung, durch die Etablierung einer globalen Marktwirtschaft, wenn



also die Wirklichkeit würde, was man auch auf der Homepage der WHO nachlesen kann - der *Wohlstand der Nationen* steigt, wenn wir allen Menschen auf dieser Welt und allen Gesellschaften eine Freihandelsordnung geben - wenn das alles so wäre, dann bräuchten wir keine Kapitalismuskritik zu üben, dann könnten wir uns diese Mühe wirklich sparen. Andererseits aber, so ist unsere Erfahrung, haben wir es mit einer Gesellschaft zu tun, in der es nicht so läuft, wie die großen Theoretiker dieser Gesellschaftsordnung es versprochen haben, denn wir haben es mit Ungerechtigkeiten in dieser Welt zu tun, wir haben es mit Armut und wir haben es mit enormer und steigender Ungleichheit zu tun, wir haben es mit Krisen zu tun, von denen man nicht weiß, wie sie zu bewältigen wären, insbesondere mit Krisen, die nicht nur zyklischen Charakter tragen, sondern die sich sogar bis zur Zivilisationskrise zuspitzen können.

Nun könnte eingewandt werden, alles das, was ich bis jetzt kurz angedeutet habe, sei der Menschheitsgeschichte generell eingeschrieben. Ungerechtigkeit hat es immer gegeben und Aufstände gegen Ungerechtigkeiten ebenfalls. Man könnte z.B. den frühen Thomas Morus aus dem Jahre 1516, als er seine *Utopia* geschrieben hat, zitieren, der ja den Reisenden trifft, der mit ihm lange Gespräche führt und ihm berichtet, wie das auf dieser fernen Insel Utopia wunderbar funktioniert, wie die Menschen dort eine Idealgemeinschaft geformt haben. Aber bevor er das ausmalen kann, schildert er aus der Sicht des Fremden die englischen Zustände zu jener Zeit und regt sich darüber auf, wie ungerecht es dort zuginge. Die „enclosures“, die Einhegungen, über die Marx auch im 24. Kapitel des *Kapitals* („Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“) sehr ausführlich spricht, die Einhegungen des Landes, die dazu führen, dass dort Schafe weiden können und dann die Wolle der Schafe zu Tuch verarbeitet werden kann - das ist die Voraussetzung zur Entstehung einer Textilindustrie. Aber die Bauern, die das Land bislang bearbeitet hatten, müssen vertrieben werden. Was können sie tun? Sie gehen natürlich in die Städte in der Erwartung von Arbeit, sie finden aber keine Arbeit. Sie können sich nicht ernähren und was tun sie dann? Sie stehlen und was passiert dann? Auf Diebstahl steht die Todesstrafe. Das heißt, überall in England hängen die Leute an den Galgen und das regt Thomas Morus auf. Eine solche Gesellschaft ist keine, in der man auf Dauer leben kann, die muss geändert werden und die Vorstellung, wie sie geändert werden könnte, liefert eben die Folie „Utopia“. Der Fremde, mit dem er sich unterhält, stellt ihm dar, wie eine vernünftige Gesellschaft organisiert ist, d.h. die Kritik an den herrschenden Zuständen in einer Gesellschaft ist immer auch mit der Vorstellung verbunden: Da gibt es etwas anderes, etwas Besseres. Wenn man diese Vorstellung nicht hat, dann braucht man gar nicht Kritik zu leisten. Mit anderen Worten: Die Kritik, die sich einer Analyse der bestehenden Zustände verdankt, kann eigentlich nur dann ihre Kraft entfalten, wenn sie auch mit einer Utopie von dem, was denn anders sein könnte, verknüpft ist.

Das ist im Übrigen auch, wenn ich ihn richtig verstanden habe, die Vorstellung von Erich Fromm: Die Deutung der gegebenen Verhältnisse, die Kritik dieser gegebenen Verhältnisse, aber auch die Vorstellung davon, was eine andere Gesellschaft, in der es lohnt zu leben, sein könnte. Die Normen sind entscheidend, die Normen eines normativen Humanismus. Insofern ist Kritik nicht nur Analyse, sondern sie hat, darüber hinausgehend, gleichzeitig auch utopischen Charakter. Das ist im Übrigen auch der Grund, weshalb in meinem bereits erwähnten Buch *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen* (2005), ein letztes Kapitel enthalten ist, das ich, ohne Erich Fromm dazu gelesen zu ha-



ben, „Von der Wissenschaft zur Utopie“ überschrieben habe, d.h. von der wissenschaftlichen Analyse zur utopischen Vorstellung - das gehört alles dazu.

2. Warum lehnen sich die Menschen nicht auf?

Nun, die Normen, mit denen wir uns, wenn wir kritisieren, beschäftigen, führen natürlich zu der nächsten Frage, warum sich die Menschen eigentlich diese Zustände, in denen sie leben, so gefallen lassen, nicht nur im Kapitalismus, sondern auch in vorkapitalistischen oder auch nicht-kapitalistischen Gesellschaften unserer Tage (obwohl man kaum behaupten kann, dass es überhaupt noch nicht-kapitalistische Gesellschaften in einem globalisierten System gibt, wo alle vom Kapitalismus verseucht sind - es gibt keine Ausnahme, auch Nordkorea ist keine Ausnahme und, wie wir jetzt gerade erfahren, Burma ebenfalls nicht). Die Frage ist also, warum Menschen so lange bereit sind, Gewalt, Ungerechtigkeiten usw. zu erdulden. In der Tradition der Frankfurter Schule könnte man sagen: Das hat etwas damit zu tun, dass die Menschen so autoritäre Charaktere sind, dass sie manipuliert werden - darüber hat Herbert Marcuse ja sehr viel geschrieben; dass es Normen und Werte sind, die, wie Erich Fromm sagt, „eingefleischt“, also sozusagen zur zweiten Natur der Menschen geworden sind, dass die Menschen durch die Gratifikationen, die die Konsumgesellschaft für sie bereit hält, entfremdet werden.

Diese Vorstellungen der Frankfurter Schule, die in den 30er und vor allem in den 40er und frühen 50er Jahren entwickelt worden sind, sind in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von Michel Foucault unter dem Begriff der „gouvernementalité“ nochmals verfeinert worden, wobei „gouvernementalité“ besagt: Da ist einmal das *gouvernement*, d.h. die Herrschaft, aber die dazugehörige *Mentalität* ist eine Notwendigkeit. Es ist nicht nur so, dass die Herrschenden von oben drücken, sondern die von unten müssen das auch irgendwie akzeptieren. Und wie diese Mechanismen wirken, das ist etwas, was man genauer herausarbeiten muss. Foucault hat den Versuch ja auch gemacht, dies genau herauszuarbeiten, um zu verstehen, warum der Neoliberalismus in den 70er Jahren, als er diese These von der „gouvernementalité“ entwickelte, in aller Welt nicht nur Furore machte, sondern auch umgesetzt wurde, beginnend mit seiner ganzen Brutalität in Chile nach 1973 unter der Pinochet-Diktatur, die ja eine Diktatur von brutalstem Charakter war, die aber gleichzeitig auch Marktfreiheiten etablierte und damit eine gewisse Stabilität dieser Diktatur herbeiführte, denn sie hat ja immerhin 20 Jahre gehalten, länger als das sog. „Tausendjährige Reich“. Dies funktionierte, weil hier Mentalität und Gouvernement in gewisser Weise kombiniert worden sind.

Das könnte man jetzt auch weiterführen und das ist ja auch von vielen weitergeführt worden bis heute, wo gefragt wird: Warum ist es überhaupt möglich, dass so eine verrückte Ideologie wie die des Neo-Liberalismus so weltweit akzeptiert werden kann? Man könnte natürlich auch da zurückgreifen auf Marx und seine Analyse des *Fetischismus*, denn die Fetische, die die Menschen sich selber geschaffen haben und als Interpretationsmuster ihres eigenen gesellschaftlichen Lebens verwenden, die erscheinen ihnen dann als Sachzwänge, denen man sich einfach nur noch anpassen kann. Zum Beispiel der Sachzwang der Wettbewerbsfähigkeit: Wir „müssen“ wettbewerbsfähig sein, deswegen „müssen“ wir auch niedrige Löhne, deswegen „müssen“ wir schlechte Arbeitsbedingungen usw. akzeptieren, und sie werden akzeptiert, jedenfalls über gewisse Zeiten hinweg



und bis zu einem gewissen Maße; wenn das überschritten wird, dann nicht mehr. Man könnte auch mit Antonio Gramsci, dem italienischen Theoretiker, und seinem *Hegemonie-Konzept* argumentieren, das ja, ähnlich wie bei Foucault, zweierlei enthält: nämlich Gewalt, die immer von oben kommt, niemals von unten, wenn sie denn Herrschaft sichernd ist; Gewalt also auf der einen Seite, aber auch Konsens auf der anderen Seite. Es muss also sozusagen der Konsens immer wieder hergestellt werden.

Das sind Erklärungsmuster, warum die Menschen in der Lage sind, Zustände zu ertragen, die eigentlich, wenn man es von außen betrachtet und von einem größeren historischen Abstand aus, unerträglich erscheinen, bei denen man sich also fragt: Wie war es möglich, dass so etwas etabliert werden konnte? Beispielsweise - und damit hatte ich ja begonnen - diese *enclosures* und die Verarmung der Landbevölkerung in Großbritannien in der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation im frühen 16. Jahrhundert, die Thomas Mo-rus auf den Plan gerufen hatte. Er hat im Übrigen für seine Kritik mit seinem Leben bezahlen müssen, er wurde ja hingerichtet.

3. Kapitalismus in der Krise

Die Krise des Kapitalismus, mit der wir uns heute beschäftigen, ist *keineswegs nur eine zyklische Krise*. Wir können sagen, die Krise auf dem Immobilienmarkt, die wir heute haben, die geht auch wieder vorbei, und die Krisen, die wir vorher hatten, die sind alle überwunden worden. Die Krise im Kohlebergbau in Deutschland um 1967, da gab es zum ersten Mal Arbeitslosigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Das wurde schon als ein Einbruch interpretiert in der Nachkriegsentwicklung, aber nach einem Jahr war der Spuk vorbei und es ging wieder aufwärts. Diese zyklischen Krisen hat es immer in der kapitalistischen Entwicklung gegeben und sie haben auch ein gewisses regelmäßiges Muster, seitdem die Basis dieser zyklischen Krisen die Industriegesellschaft ist und damit der Investitionszyklus mit der Erneuerung der verbrauchten und nicht mehr rentablen Industrieanlagen: Wenn viel erneuert werden muss auf einen Streich, dann gibt es viele Aufträge für die Investitionsgüterindustrie und dann werden Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitsplätze führen zu Neueinstellungen, und die Neueinstellungen führen dazu, dass mehr Löhne da sind, mehr Nachfrage, und mit der zusätzlichen Nachfrage gibt es dann auch wieder einen neuen Aufschwung.

Keine zyklische Krise

Die Zyklizität in ihrer Regelmäßigkeit, das ist nicht unser Thema. Das gibt es in der ganzen kapitalistischen Geschichte, aber alle diese zyklischen Krisen haben immer nur eines deutlich gemacht: Die Krise ist für das System des Kapitalismus wie ein Jungbrunnen. Er erneuert sich in den zyklischen Krisen und findet wieder eine Basis für einen neuen Aufschwung: neue Techniken, neue Produkte, die einen Aufschwung von vielleicht mehreren Jahrzehnten tragen. Die Krisen des 19. Jahrhunderts brachten das Eisenbahnsystem hervor und die Errichtung der Eisenbahn war ein Investitionsboom für mehrere Jahrzehnte in den Ländern, die ein Eisenbahnsystem errichteten. Die Automobilindustrie genauso, die Chemieindustrie, die Elektroindustrie - alles dies waren Gründe für langfristigen Aufschwung in sog. *Kondratieff-Zyklen*, benannt nach dem russischen Statistiker Kondratieff, der das empirisch-statistisch ausgearbeitet hat. Und auch heutzutage: die



neuen Technologien des Internet, der Mikroelektronik, alles dies hat zu einem neuen Aufschwung geführt. Der kann noch eine gewisse Zeit lang anhalten, und dann gibt es etwas Neues, Biotechnologien oder was auch immer. Das ist also eigentlich nicht das Thema, mit dem man sich auseinander setzen sollte, wenn man Kapitalismuskritik betreiben will, denn dies bedeutet nur, dass man sich anschaut: Welche Zyklen durchläuft dieser Kapitalismus und welche Möglichkeiten gibt es noch, und wenn man so zyklisch denkt, dann gibt es immer Möglichkeiten und dann gibt es auch keinen Anlass, über den Kapitalismus als Gesellschaftssystem hinauszudenken.

Das Problem besteht heute allerdings darin, dass wir es mit fundamentaleren Krisentendenzen zu tun haben in der kapitalistischen Gesellschaft. Ich möchte drei Aspekte hier benennen. Das erste ist das Geld, das zweite ist die Natur, das dritte ist die Arbeit. Und diese drei fundamentalen Grundlagen des menschlichen Lebens - nicht nur im Kapitalismus - befinden sich tatsächlich in einer großen und nicht nur zyklischen Krise.

Die Krise des Geldes

Geld - damit müssen wir uns auseinandersetzen, denn eine moderne kapitalistische Gesellschaft - aber das gilt auch für nicht- oder vorkapitalistische Gesellschaften - sind immer zweierlei: *Arbeitsgesellschaft*, denn die Arbeit vergesellschaftet die Menschen, da man Arbeit nur kollektiv betreiben kann in Arbeitsteilung, so oder so organisiert: durch den Markt, durch den Plan, durch gemeinschaftliche Regeln, wie auch immer. Arbeit ist sozusagen das vergesellschaftende Element, deswegen ist der Mensch auch nur ein soziales Wesen durch seine Arbeit. Wie schlimm es ist, wenn Menschen keine Arbeit haben, erschließt sich daraus: Es ist nicht nur so, dass sie dann kein Einkommen haben, sondern sie sind auch nicht mehr richtig in diese Gesellschaft integriert, das ist das eigentliche Problem. Aber die Gesellschaften sind zugleich auch *Geldgesellschaften*, denn wenn überhaupt die Vergesellschaftung in größerem Maße über Marktmechanismen vermittelt ist, dann geht das nur noch über Geld, mit Ware und Geld, wie das bei Marx nachzulesen ist, und da muss man sich auch mit dem Geld beschäftigen. Wenn das Geld in einer Krise ist, dann ist auch die Gesellschaft in einer Krise. Bei der Arbeit ist das ganz klar und bei der Natur erst recht, denn das ist die Grundlage von allem, nicht nur von Gesellschaft als sozialem Abstraktum, sondern von menschlichem Leben und letztendlich von allem Leben.

Nun, die Krise des Geldes, die *Krise der Finanzen*: Das ist tatsächlich ein Problem, das insbesondere im hoch entwickelten Kapitalismus eine Rolle spielt. Eigentlich so recht zutage getreten ist dieses Problem erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Zuvor gab es natürlich auch Geld und Krisen des Geldes bzw. sich im Geldsystem äußernde Krisen, aber sie hatten nicht den Charakter, wie das heute der Fall ist, und das hat zu tun mit der *Verselbständigung des Finanzsystems*, insbesondere im internationalen Rahmen. Um deutlich zu machen, dass das wirklich ein historischer Einschnitt ist, ist ein kleiner historischer Rückblick vielleicht sinnvoll.

Im 19. Jahrhundert und auch noch im frühen 20. Jahrhundert war das Geld gebunden an das Gold. Es gab Goldwährung und der letzte Wertanker des Geldes war das Gold. Dann wurde dieser aufgelöst im Zuge des Ersten Weltkriegs, als die Kriegsfinanzierung jede Grenze der Golddeckung sprengte. Die Folge war die große Inflation in



Deutschland, aber auch in anderen Ländern, und dann der Versuch, durch Zentralbanksysteme die Geldzirkulation zu regulieren, und zwar im nationalstaatlichen Rahmen. Die Währungen waren nicht konvertibel, d.h. wechselseitig frei eintauschbar. Es gab keine internationalen Geld- oder Finanzmärkte - oder wenn, dann nur in sehr rudimentären Formen. Das änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber auch in der Nachkriegszeit, bis Ende der 60er Jahre, waren die Währungen nicht konvertibel. Und die Wechselkurse - das wissen die Älteren unter uns - waren bis 1973 fixiert. Der D-Mark-Kurs zum Dollar war von 1950 an etwa ein Dollar zu 4,20 DM. Dann wurde 1961 die D-Mark aufgewertet und der Kurs lag bei 4,05 DM für einen Dollar - so blieb das dann auch. Das waren also fixierte Wechselkurse. Die Preise des Geldes, sowohl die Zinsen als auch die Wechselkurse, waren staatlich, öffentlich, politisch reguliert.

Das änderte sich in den 70er Jahren mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods. Erstens wurde damals der *Wechselkurs liberalisiert*, d.h. die Bildung eines solch zentralen Preises wurde den Privaten und dem Markt überlassen. Das war der erste Akt der Privatisierung in der Welt und diesem ersten Akt der Privatisierung folgten dann immer weitere, bis hin zur Privatisierung der Bahn, die bei uns gegenwärtig zur Diskussion steht. Dies alles vor dem Hintergrund, dass Privatisierung auch in zentralen Bereichen Vorteile bringt - was noch gar nicht so alt ist in der Geschichte des Kapitalismus, denn zuvor war es vollkommen klar: Ein Infrastrukturunternehmen wie die Bahn ist selbstverständlich staatlich, denn sie kann auch gar nicht privat finanziert werden. Das ist aber heute anders, weil eben - erstens - die Wechselkurse privatisiert worden sind.

Dann ist die Bildung eines zweiten Preises privatisiert worden, nämlich des Zinses durch die *Liberalisierung der Finanzmärkte*. Das fing auch in den 70er Jahren an unter Margaret Thatcher, wurde dann weitergetrieben von Ronald Reagan in den USA und dann ebenso in allen anderen kapitalistischen Ländern. Das gehörte dann auch zum Regelsystem des IWF, der Europäischen Gemeinschaften, die ja erst seit 1992, seit dem Maastricht-Abkommen „Europäische Union“ heißen. So wurden also die wichtigsten Preise des Geldes liberalisiert und damit den Märkten überlassen, die dann auch globale Reichweite erhielten, also den nationalstaatlichen Rahmen, der für die Regulation eigentlich vorgesehen war, gesprengt haben. Auf internationaler Ebene gibt es keine Regulatoren, gibt es keine politischen Instanzen, die da eingreifen. Der IWF, der will das nicht, das ist eine Institution, die genau politisch die Deregulierung, die Liberalisierung reguliert, aber nicht etwa die Märkte zu regulieren beansprucht, die im Gegenteil alles tut, um dies gar nicht erst eintreten zu lassen. Also die Finanzmärkte verselbständigen sich gegenüber jeder politischen und gesellschaftlichen Kontrolle und üben nun die Gewalt aus, die schon bei Marx als Geldfetisch benannt ist: dass dieses Geld Macht über uns gewinnt. Es hat aber inzwischen eine globalisierte und ungeheure Macht über uns entwickelt, auch in unserer Psyche und in unserem Selbstverständnis, denn wir akzeptieren ja alles total, was das Geld von uns verlangt.

Eine simple Geschichte, die jeder und jede von uns kennt, mag dies verdeutlichen. Wer erinnert sich noch an die Fernsehnachrichten, in denen nicht, bevor die Tageschau um 20 Uhr pünktlich beginnt, um 19.55 Uhr die Börsennachrichten gekommen sind? Das ist noch gar nicht so lange her, vielleicht 10 oder 12 Jahre. Vorher gab es diese Börsennachrichten nicht, das spielte keine Rolle im Alltagsleben, aber heute ist das Alltagsleben. Bevor ich weiß, was in der Welt passiert ist oder auch in der Bundesrepublik an politi-



schen Ereignissen, weiß ich, wie die Börsenkurse sich entwickelt haben an der Wallstreet oder in Asien oder in Frankfurt usw., und ich kenne auch die Visagen derjenigen, die mir das „verklickern“, bevor ich die netten Gesichter der Tagesschau-Moderatorinnen und Moderatoren gesehen habe. Hier wird deutlich, wie sehr das ins Alltagsleben eingedrungen ist. Und wenn man das von diesem Aspekt des Alltagslebens auf die ganz große Ebene der Globalisierung bringt, wird daraus klar ersichtlich, welche riesige Rolle das Geld als Gewalt inzwischen spielt.

Wir erinnern uns vielleicht noch an die *Schuldenkrise* der 80er Jahre und an die vielen Analysen, die damals angestellt worden sind über die Folgen der Schuldenkrise, die Verarmung in Lateinamerika, in Afrika usw. Das war eine Finanzkrise enormen Ausmaßes mit globaler Reichweite, mit ungeheuren Konsequenzen für die davon betroffenen Menschen, das waren vor allen Dingen aber die Länder der sog. Dritten Welt. Diese Schuldenkrise begann 1981 in Polen, weil Polen nicht mehr in der Lage war, seine Schulden bei den westlichen Kreditgebern zu bedienen. Die Regierung war nicht in der Lage, die Bevölkerung zu disziplinieren angesichts der Aufstände von *Solidarnosc*, um sie zur Arbeit zu treiben und mit den Ergebnissen der Arbeit dann Devisen zu erwirtschaften, die notwendig waren, um die Schulden in London und in Frankfurt bedienen zu können. Als dann Jaruzelski im Dezember 1981 putschte, hat die Finanzwelt jubiliert - das kann man nachlesen, in der *Financial Times* beispielsweise -, weil damit sichergestellt war: Der greift richtig durch und das ist für den Schuldendienst wieder gut. Aber wir wissen, was in Polen gelaufen ist: Dieses Militärregime war eine gesellschaftliche Katastrophe. Dass das aber etwas mit der Verschuldung zu tun hatte, ist uns gar nicht so bewusst, weil kurz danach - Reagan war an der Macht und die Auseinandersetzung mit dem Ostblock, den man kaputt rüsten wollte - das Armageddon als Politikleitlinie, dieses zerstörerische Bild, das die Politik von Reagan angeleitet hat, die wirklichen Hintergründe des Militärputsches einfach verdrängt hat. Dass in anderen Ländern, die verschuldet waren, in Lateinamerika vor allem, überall Militärregime an der Macht waren, die auch für die Verschuldung und für die Art und Weise, wie man da herauskommen wollte, verantwortlich waren, das hat ja überhaupt niemanden interessiert. Nur Polen, das war ja ein sozialistisches Land und deswegen musste man da jetzt auch ideologisch herangehen und vergessen machen, dass dies auch etwas mit dem internationalen Finanzsystem und der Verschuldungssituation zu tun hatte.

Aber diese *Schuldenkrise* der 80er Jahre, das war noch Dritte Welt, das waren noch Kredite der Banken. Diese Krise ist dann überwunden worden und einige Jahre später konnte man in den Berichten von Weltbank und IWF lesen: Wir haben Erfolg gehabt mit unserer Politik, die Schuldenkrise ist überwunden. Überwunden war aber nicht die Schuldenkrise, sondern die Krise der Gläubiger in der Schuldenkrise, denn die Gläubiger drohten Pleite zu gehen und das wollte man verhindern. Das hat man verhindert mit dem, was später als „Washington Consensus“ bezeichnet worden ist. Nach der Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt, der ärmsten Länder, gab es dann in den 90er Jahren die *große Finanzkrise*: Sie brach aus in Mexiko 1994, dann in Asien 1997, Russland 1998, Türkei auch 1998, Brasilien 1999 und Argentinien 2000/01 mit riesigen Verlusten für die Menschen, denn das Sozialprodukt war sozusagen verbrannt worden. Aber es ist nicht verbrannt, denn auch wenn in Mexiko 20 Prozent, in Argentinien wahrscheinlich 60 Prozent des Sozialprodukts einfach weg sind - die Leute sind also wirklich um 60 Prozent



ärmer, das ist das, was hinter diesen Zahlen steckt -, dann heißt das natürlich, dass sich einige das haben aneignen können, und das sind die großen Finanzinvestoren. Die sitzen aber zumeist in den nördlichen Ländern, in den USA, in Europa in der Schweiz, in Deutschland usw., und die haben gewonnen. Das sind also zum Teil Nullsummenspiele: Was die einen verlieren, das gewinnen die anderen. Aber diese Finanzkrise betraf jetzt nicht die armen Länder der Dritten Welt, sondern die Schwellenländer: die lateinamerikanischen Länder, die schon zu den Schwellenländern gehörten, und vor allem die asiatischen „Tiger“, die jetzt auf einmal in der Finanzkrise steckten. Es ist interessant, wie das dann auch ideologisch „verpackt“ wird. In den jährlichen Berichten der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gab es bis 1997 immer einen Unterabschnitt: „Dynamic Asian Economies“. 1998, nach der Finanzkrise in Asien, gab es dann diese Rubrik nicht mehr, da waren diese Staaten dann auf einmal nicht mehr dynamisch und „Tiger“, an denen wir uns orientieren sollten, sondern da hat man das versucht zu vergessen. Auch diese ganze Ideologie, die damit verbunden ist, ist eine Analyse wert, darauf will ich aber jetzt nicht eingehen.

Nachdem also in Asien die Krise eingetreten ist, haben die Investoren, diese weißen Ritter, die so einen wunderbaren Ruf haben und die immer so hochgepuscht werden - auch im Fernsehen usw. - ihr Kapital abgezogen, und wo kann man denn Kapital anlegen? Sie legten es in diesem Fall in den Industrieländern an, vor allem in den USA. Sie kauften Aktien der New Economy und haben den New-Economy-Boom in die Wege geleitet, der dann aber im Jahre 2000/01 zu Ende war, als die New-Economy-Blase platzte. Das war die erste Finanzkrise in den *Industrieländern* seit der Liberalisierung - die erste größere, es hat auch andere Finanzkrisen gegeben, in England schon vorher, oder die Krise des europäischen Währungssystems 1991 -, aber die erste größere Finanzkrise, das war 2000/01 in den USA. Es sind zwar einige Tausend Milliarden Dollar verbrannt worden in dieser Krise, aber es blieb noch so viel übrig, dass eine neue Blase aufgepumpt werden konnte: nämlich diese Immobilienblase, die gegenwärtig geplatzt ist mit Konsequenzen, die wir heute noch gar nicht so genau überblicken können; Konsequenzen, die noch kommen werden, so in ein bis zwei Monaten, wenn etwa 1000 Milliarden an Immobilienkrediten fällig werden. Dann wird sich herausstellen, ob die überhaupt bezahlt werden können, und wenn sie nicht bezahlt werden können, wird das noch Weiterungen haben. Man darf also nicht davon ausgehen, dass die Immobilienkrise überwunden wäre.

So haben wir also jetzt die Situation, dass die Dritte Welt, die Schwellenländer und die Industrieländer alle von einer großen Finanzkrise überzogen sind und dass es da auch keine richtigen Auswege mehr gibt, dass also *politische Regulation* eine Notwendigkeit wäre. Inzwischen sagen das sogar einige Leute aus dem Bankensystem, aus dieser Geldsphäre, nachdem noch auf dem G8-Gipfel von Heiligendamm die Finanzminister sich nicht darauf haben verständigen können, das System transparent zu gestalten, weil Blair, getrieben von der Lombard Street in London, und Bush, getrieben von der Wallstreet, dagegen waren, Transparenz zu schaffen. Weil im Dunkeln sich besser fischen lässt und die großen Haie in der Finanzwelt dann besser ihre Opfer schnappen können, als wenn das alles transparent geschehen würde.

Das absehbare Ende der fossilen Energieträger



Die zweite Dimension der Krise betrifft die Umwelt, das ist vor allem jetzt die Frage der Energie, denn das kapitalistische System funktioniert nur mit *fossiler Energie*. Man könnte sich vielleicht vorstellen, dass es auch einen Kapitalismus auf nicht-fossiler energetischer Basis gibt - den hat es ja vor dem Kohle-Zeitalter, vor dem Industriezeitalter auch gegeben -, aber das ist ein anderer Kapitalismus als der, den wir kennen. Der ist langsamer, kann nicht so global ausgreifen, ist also etwas ganz anderes als der fossile Kapitalismus. Erst dieser hat es ermöglicht, Raum und Zeit letztendlich kaputt zu machen. Die Zeit wird zusammengepresst durch immer größere Beschleunigung und Beschleunigung ist auch die Botschaft des kapitalistischen Fortschritts. Denn Beschleunigung ist nichts anderes, als dass in der gleichen Zeiteinheit mehr produziert werden kann, und das ist nichts anderes als die Steigerung der *Produktivität*. Die Steigerung der Produktivität ist aber das Kernelement der Steigerung der *Wettbewerbsfähigkeit*, und die Wettbewerbsfähigkeit muss erhöht werden in der globalen *Konkurrenz*. Das steht sogar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung und es steht auch in der Lissabon-Strategie der Europäischen Union: Wir wollen die wettbewerbsfähigste Region der Welt werden, indem wir eine Wissensgesellschaft aufbauen. Wettbewerbsfähigkeit heißt Produktivitätssteigerung, Produktivitätssteigerung verlangt Beschleunigung und Beschleunigung ist nur möglich mit zusätzlichem Energieaufwand.

Die Energien, die heute dazu einzig geeignet sind, weil wir gar nicht andere Technologien haben, die sie umsetzen könnten, sind die fossilen Energieträger, und deswegen brauchen wir Öl. Aber dieses Öl geht zur Neige, Kohle im Übrigen auch. Manche sagen: Ja die Kohle reicht noch sehr lange - *stimmt nicht*. Die Kohle reicht vielleicht bei dem gegenwärtigen Verbrauch noch für 40 Jahre und nicht länger. Manche sagen: 200 Jahre. Nun gut, selbst wenn dem so wäre: 200 Jahre ist auch nicht viel, menscheitsgeschichtlich betrachtet. Die Frage ist: Was folgt dann?

Also: die fossilen Energien gehen zur Neige, und das betrifft vor allem das Öl. Den Begriff „Peakoil“ hat vermutlich jeder und jede schon einmal gehört. Der Höhepunkt der Ölförderung wird demnächst wohl erreicht sein, wenn er nicht schon überschritten ist, und dann geht die Angebotskurve nach unten. Man kann nicht mehr zusätzlich, entsprechend der steigenden Nachfrage, Öl auf den Markt schmeißen und das bedeutet: Angebot geringer - Nachfrage steigt - marktwirtschaftliche Preise gehen nach oben. Und dann stellt sich die Frage: Wie können wir die Energieversorgung noch zu vernünftigen Preisen gewährleisten? Das ist dann einerseits eine marktwirtschaftliche Frage: Diejenigen, die viel Kaufkraft auf den Markt schmeißen können, die reichen Länder, die können sich dann das Öl auch noch sehr lange leisten und diejenigen, die nicht über diese Kaufkraft verfügen, eben nicht. So kommt es, dass schon heute in manchen afrikanischen Ländern die Lastwagen an der Straße stehen und verrostet, weil kein Sprit da ist, oder wenn er da ist: dass er viel zu teuer ist, als dass die Leute ihn sich leisten könnten. In Simbabwe beispielsweise ist das durchaus so, das ist keine Übertreibung. Bei uns ist das eventuell Zukunftsmusik, aber eine sehr kakophonische Zukunftsmusik. Und wenn die Preise dann steigen und Knappheit indizieren, dann kann es natürlich auch zu dem Bemühen kommen, das eben *nicht* marktwirtschaftlich zu lösen, sondern politisch und eventuell auch militärisch.

Die militärische Sicherung der Energieversorgung wird deswegen zu einer immer bedrohlicheren Politikform bzw. zu einem Politikelement, mit dem wir es heutzutage zu



tun haben. Alle großen Länder und Wirtschaftsblöcke haben in den letzten Jahren Energiesicherheitskonzepte entwickelt, die auch militärische Elemente enthalten. Die USA in ihrer *National Security*-Politik von 2001 und 2003, die EU hat ein solches Konzept entwickelt, Deutschland auch, die NATO, China hat so etwas, Brasilien - alle haben das entwickelt. Und da geht es vor allem darum, die Ölversorgung zu gewährleisten, bis hin zu einer kriegerischen Besetzung von Ölländern, dem Irak zum Beispiel.

Natürlich ist der Irak überfallen worden des Öls wegen - weshalb denn sonst? Es ist Unsinn, wenn manche das bestreiten. Selbst Alan Greenspan, der ehemalige Chef der US-Notenbank, hat in seinen Memoiren klar gesagt: Natürlich wird der Krieg wegen des Öls geführt, weshalb sollte er sonst geführt werden? Oder der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz, der dann kurzfristig Weltbankchef wurde, bis er wegen Korruption gefeuert wurde, auch er hat zynisch gesagt: Natürlich machen wir das des Öls wegen. Es spielen sicher auch noch andere Beweggründe eine Rolle, aber der Hauptgrund ist das Öl, direkt oder indirekt. Und die Gegenwart der USA und auch der Europäischen Union in Zentralasien und im Kaukasusgebiet *hat* mit dem Öl zu tun. Die Pipelines, die für die Versorgung zentral wichtig sind, und die Tankerrouten werden militärisch gesichert. Warum ist die deutsche Marine am Horn von Afrika, in Dschibuti, an der Einfahrt zum Roten Meer? Ja, Terroristen sollen abgefangen werden, sagt man uns. Es geht natürlich um die Tankerrouten durch das Rote Meer, um die Ölversorgung für Europa zu sichern.

Diese Sicherheitsstrategien haben eine militärische Komponente, die immer größer wird, und das ist eine große Gefahr, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, die eine ganz große Rolle spielen wird. Heute ist das noch alles ein bisschen im Dunkeln, aber das, was im Dunkeln ist, das wächst, und irgendwann kommt es dann ganz klar zutage. Dann heißt es nicht mehr: Wir müssen am Hindukusch die Demokratie verteidigen, sondern es wird klar gesagt, weil es sich auch gar nicht mehr länger vertuschen lässt: Wir sind da, weil wir weiter Auto fahren wollen, deswegen sind wir da mit unseren Truppen. Wir müssen dann aber auch bereit sein, dafür den entsprechenden Preis zu zahlen: Nicht nur 1,40 Euro für den Liter Benzin, sondern auch nochmals etliche Steuergelder für den militärischen Schutz der Logistik dieses Benzins, das wir anschließend durch den Auspuff jagen. Also diese Dinge sind dann ganz klar.

Diese Krise wird zwangsläufig eine Rolle spielen, auch ökonomisch und sozial und nicht nur militärisch, weil eben die fossilen Energieträger so zentral für die Funktionsweise des Systems insgesamt sind. Und sie haben noch eine zweite Dimension, das ist auch bekannt: die *Klimafolgen*, denn die Verbrennung der fossilen Energieträger produziert das CO₂, den Filter für die Wärmeabstrahlung ins All. Also die Aufheizung der Atmosphäre findet statt: 0,74 Grad im 20. Jahrhundert und bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird sogar eine Erwärmung um 6,4 Grad erwartet - das kann so sein, es kann weniger sein oder es kann vielleicht sogar mehr sein - und das hat natürlich gewaltige Konsequenzen, vom Abschmelzen der Gletscher bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels und ungewöhnlichen Wetterereignissen, wie der Zunahme der Hurricanes und Taifune, Dürren in Ländern, wo es bisher nicht bekannt war, und sintflutartigen Regenfällen in Dürregebieten, wie jetzt in der Sahelzone. Das bekümmert uns vielleicht als Fernsehzuschauer, wenn wir das sehen, und wir leiden mit und wir spenden vielleicht auch etwas, um den Menschen zu helfen, und das ist es dann - zunächst. Aber es geht auch um die Kos-



ten.

Die neuesten Berichte der Klimaforscher, sowohl im *Stern Review* für die britische Regierung aus dem Herbst des vergangenen Jahres als auch der Bericht des Weltklimarats der UNO von Februar und Mai dieses Jahres zeigen, dass die Veränderungen des Klimas ziemlich teuer kommen werden. Stern sagt: 20 Prozent des globalen Sozialprodukts, natürlich ungleich verteilt - in manchen Regionen mehr, in manchen weniger -, das sind 20 Prozent weniger an Einkommen, und der IPWCC sagt etwas Ähnliches: Das CO₂ kostet uns pro Tonne 30-120 US-Dollar. Je mehr wir ausstoßen, desto weniger Geldeinkommen haben wir zur Verfügung, und wenn wir es zur Verfügung haben, dann ist es inflationär aufgebläht, weil dem die realen Werte nicht mehr gegenüber stehen, da diese durch die Klimakatastrophe verbrannt worden sind. Also muss man etwas dagegen tun, und Stern sagt: Ja, das ist ein gutes Geschäft, wenn wir etwas dagegen tun, denn wir müssten nur ein Prozent des Sozialprodukts investieren, um diesen Verlust von 20 Prozent zu vermeiden, und diese Relation von Vermeidungskosten und Folgekosten ist doch ökonomisch eine sehr sinnvolle Angelegenheit.

Es ist also notwendig, dass man etwas tut, und alle sagen: Ja, das machen wir. Und dann kommt die Bundesregierung und sagt: Wir machen das mit marktbasierten Instrumenten. Wir führen ein System von Emissionshandel ein und wollen damit den Ausstoß von CO₂ reduzieren. Allerdings funktioniert das nicht, und das ist in kapitalistischen Krisen sehr häufig der Fall, dass die Maßnahmen der Krisenvermeidung entweder nicht funktionieren oder kontraproduktiv sind. Und bei diesem Emissionshandel - das will ich jetzt nicht im Detail ausführen - ist es wahrscheinlich genau so. Der ist kontraproduktiv, er funktioniert nicht. Die erste Tranche, die ausgegeben worden ist, hat ja auch schon gezeigt, dass der Preis des CO₂, den die Unternehmen eigentlich bezahlen müssten für die Emissionen, zwar in die Stromkosten mit eingerechnet wird, dass aber gleichzeitig die Emissionsbörse für die Zertifikate, die da gehandelt werden, den kapitalkräftigsten Anbietern auf nationaler und internationaler Ebene völlig freie Hand lässt, und die sind natürlich bestrebt, das Marktgeschehen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Hier zeigt sich also, dass es wenig Sinn macht, wenn man auf diesem Wege in dieser überlebenswichtigen Frage die Akteure der Finanzmärkte bedient. Die haben natürlich überhaupt kein Interesse daran, den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, die wollen Rendite machen, die müssen ja ihre Shareholder-value-Margen von 20 Prozent Rendite und mehr treffen und nicht etwa ernsthaft auf eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes aus sein, um die geplanten 20 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2020 erreichen zu können.

Die Krise der Arbeit

Die dritte Dimension der großen Krise heutzutage, der zivilisatorischen Krise, betrifft die *Arbeit*. Ich sagte ja bereits, dass eine kapitalistische Gesellschaft beides ist: Geldgesellschaft und Arbeitsgesellschaft, basierend auf den natürlichen Bedingungen. Deswegen müssen wir uns mit den ökologischen Fragen der Krise der Natur immer auseinandersetzen, wenn wir uns überhaupt mit ökonomischen oder sozialökologischen Fragen beschäftigen.

In der modernen Welt des globalisierten Finanzkapitalismus wird die Arbeit im Prinzip verachtet. Man lässt das Geld doch für sich arbeiten und wer arbeitet, der zählt ei-



gentlich nicht, der ist ein Dummkopf. Das haben wahrscheinlich die meisten auch schon erfahren, dass von denjenigen, die Geld „für sich arbeiten“ lassen und viel Einkommen auf diesem Wege erzielen, die anderen, die ihre Hände oder ihren Kopf bemühen, für halbe Vollidioten gehalten werden.

Eine kleine Anekdote mag das verdeutlichen: Auf dem Bahnhof in Berlin wurde ich vor einigen Jahren von jemand angesprochen, der sich als ehemaliger Student an der FU zu erkennen gab. Es stellte sich heraus, dass er inzwischen bei der Treuhand arbeitete. Die Treuhand zahlte Gehälter, die an den Finanzmärkten orientiert waren, an dem, was man so bei den Großbanken verdienen konnte. Dieser Mensch konnte sich vor Lachen kaum halten, als ich ihm sagte, dass er dreimal soviel verdiene wie ich - dabei hatte er nicht einmal das Diplom gemacht. Er war da „so reingerutscht“.

Diese Verachtung der Arbeit, das ist für viele Menschen etwas, was ihnen im Leben große Probleme bereitet, weil man nicht mehr so richtig zählt und weil man sich auch nicht richtig verwirklichen kann durch seiner Hände oder des Kopfes Arbeit, sondern weil eigentlich nur noch der Schein, nicht das Sein, das *Haben* im Sinne von Erich Fromm das ist, was zählt und nicht mehr das *Sein*, das Tun und die Selbstverwirklichung. Der Mensch ist also in dieser Gesellschaft dann nur noch ein Instrument zur Steigerung des Share-holder value, und wenn das nicht mehr funktioniert, dann wird dieser Mensch eben entlassen. Dann ist er zwar immer noch Mensch, aber er zählt nicht mehr so wie zuvor. Das ist eine Erfahrung, die viele Menschen bekanntlich machen, eben in Form der Arbeitslosigkeit hierzulande. Es zeigt sich jedoch - und das ist das Interessante, weshalb wir uns damit auseinander setzen müssen: Es gibt nicht nur diejenigen, die Arbeit haben, und die, die arbeitslos sind, sondern auch: Kein Mensch will permanent in Arbeitslosigkeit bleiben. Die Arbeitslosen schaffen sich ihre eigenen Arbeitsmöglichkeiten, aber jenseits des *formellen* Beschäftigungsverhältnisses, jenseits der formellen Arbeit, in einem sog. informellen Sektor.

Es ist interessant, dass dieses Phänomen in den 70er Jahren, als die Finanzmärkte liberalisiert wurden und die ersten Privatisierungen von Zinsen und Wechselkursen stattfanden, erstmals „entdeckt“ wurde. Damals war ja auch die informelle Politik *en vogue*, nämlich diese G8, die heute jeder kennt, mit denen man sich kritisch auseinandersetzt, die sind ja auch in den 70er Jahren entstanden - zunächst als G6. Das erste Treffen fand in Rambouillet 1975 statt, und in dieser Phase wurde also auch die informelle Arbeit „entdeckt“. Die *ILO* (Internationale Arbeitsorganisation) fragte nach der Überwindung des Kolonialismus in den neuen Nationalstaaten Afrikas, vor allem in Kenia und Westafrika: Was passiert da eigentlich? Man ging ja davon aus: Jetzt ist das Nation-building passiert, da sind die Nationen entstanden und jetzt fängt die Modernisierung an. Und Modernisierung ist gleich Industrialisierung.

Industrialisierung bedeutet auch Schaffung von Arbeitsplätzen, die Leute kriegen Jobs und dann dauert es noch eine gewisse Zeit bis zum Take Off, und dann werden sie so einen Lebensstandard haben wie in den Industrieländern. Dann ist man hingegangen und hat untersucht: Was ist denn aus den Arbeitskräften der kolonialen Ära geworden, aus den Leuten auf dem Lande? Dann hat man entdeckt: Die sind weder auf dem Lande - da sind sie entwurzelt -, sie sind aber auch nicht in der Industrie gelandet. Sie sind irgendwie in den Städten gelandet, da haben sie Slums gebildet, oder sie sind auch auf dem Land geblieben, aber sie haben dort keine formelle Arbeit gefunden. Sie arbeiten aber trotz-



dem - als Straßenhändler, in kleinen Kollektiven usw. Sie haben keine Sozialversicherung, haben niedrige und unregelmäßig gezahlte Löhne, Arbeitszeiten, die nicht geregelt sind, keine Gewerkschaften, die sie schützen im Falle von Konflikten usw., und dann hat man das als „informelle“ Arbeit bezeichnet, weil ein besserer Begriff nicht existierte.

Der Begriff der *informellen Arbeit* hat Karriere gemacht, und wenn man erst einmal einen Begriff hat, d.h. auch im Kopf weiß, wie man etwas einordnen kann, dann entdeckt man auf einmal diese Art von Informalität in Ländern, wo man bisher immer darüber hinweggesehen hat. Das ist so, wie wenn man sich eine Brille aufsetzt und dann auf einmal etwas lesen kann, was man vorher nicht hat lesen können - und wenn man es nicht lesen kann, dann existiert es für einen auch nicht. So war das mit der Informalität auch. Und dann entdeckte man in Afrika 90 Prozent informell, in Lateinamerika über 60 Prozent informell und inzwischen auch in den Industrieländern 30 Prozent informell Beschäftigte. Keine Gewerkschaften, keine sozialstaatliche Absicherung, kein Arbeitsvertrag; Löhne, die unterhalb des durchschnittlichen Tarifniveaus liegen, Arbeitszeiten, die nicht reguliert und reglementiert sind, die viel zu lang oder aber viel zu kurz sind, um ein auskömmliches Leben zu ermöglichen, und dergleichen mehr.

Das ist inzwischen Realität für eine immer größere Zahl von Menschen in der Welt und das Problem ist, dass es hier eine Abwärtsbewegung gibt, von der formellen Arbeit in die informelle Arbeit und von dort in prekäre Arbeitsverhältnisse, die es nicht mehr ermöglichen, materiell gesehen, ein Leben zu finanzieren, das den menschlichen Anforderungen in einer gegebenen Zivilisationsstufe auch angemessen wäre, eine Familie zu ernähren erst recht nicht - ein Familienlohn kommt dabei überhaupt nicht heraus. Also prekäre Arbeit nimmt zu, und nicht nur in der sog. Dritten Welt, sondern auch hierzulande. Wir alle wissen von Hartz IV und von den Niedriglohn-Sektoren und der Mindestlohn-Debatte, d.h. den Löhnen unterhalb des Mindestlohns (deswegen diskutiert man das ja überhaupt), dass es mit einem Stundenlohn von 3 Euro und sogar noch weniger nicht möglich ist, selbst zu leben und erst recht nicht eine Familie zu ernähren. Und das ist eine Realität, die inzwischen auch gesellschaftliche Zersetzungskraft entfaltet, die auch eine *Entsolidarisierung* zur Folge hat. Denn mit so wenig Einkommen und mit einer Arbeit, aus der auch keine Befriedigung mehr zu schöpfen ist, in der man sich nicht selbst verwirklichen kann, wo man auch verachtet wird, wenn man solche Arbeiten überhaupt annimmt - mit einer solchen Erniedrigung tritt auch eine Entsolidarisierung ein und das heißt, dass die Gesellschaften, wenn sie denn so etwas über längere Zeit zulassen oder gar zu einer Norm erheben, dass sie auch dazu tendieren, sich als Gesellschaften aufzulösen.

4. Gegenbewegungen - ein Ausblick

Nun, gegen alle diese Tendenzen gibt es natürlich auch Gegenbewegungen, gibt es die Kritik, die auf Veränderung zielt. In der Arbeit sind es die Bewegungen, die sich die *Solidarische Ökonomie* auf ihre Fahnen geschrieben haben. In Lateinamerika gibt es eine ganz große Bewegung „Solidarische Ökonomie“, die es sogar bis zur großen Politik geschafft hat. In Brasilien gibt es einen Staatssekretär für Solidarische Ökonomie in der Regierung Lula, Paul Singer - er ist ein Österreicher, der in den 30er Jahren, während der Nazi-Zeit, nach Brasilien emigrierte. Er ist dafür zuständig, dass für diese neue Form von



Ökonomie, der Selbstverwaltung, der Selbstbestimmung auch staatliche Unterstützung erfolgt. In Argentinien hat die Regierung Kirchner ein Genossenschaftsgesetz erlassen, das eben diese Solidarische Ökonomie, wenn sie durch Betriebsbesetzungen entstanden ist, auch legalisiert. Also die Bewegung dagegen ist die Solidarische Ökonomie - nicht nur Deutung, wie Erich Fromm sagt, sondern auch Veränderung gehört zur Kritik, und die Richtung der Veränderung ist die Solidarische Ökonomie. Das muss natürlich in jeder Gesellschaft, in jedem Land und an jedem Ort unter den jeweils spezifischen Bedingungen durchbuchstabiert werden. Es gibt kein allgemeines Rezept.

Gegen die Naturzerstörung, gegen die Klimakatastrophe, die Energiekrise usw. gibt es natürlich auch eine Bewegung, nämlich die für die solare Gesellschaft, die auf *erneuerbaren Energieträgern* basiert. Wobei man allerdings sehr vorsichtig sein muss, weil nicht alle erneuerbaren Energieträger, die ein positives Image haben, auch positiv sind. Wenn man sie nämlich in diese fossile Energiekette einfach nur einfügt, dann haben sie unter Umständen ziemlich zerstörerische Wirkungen, wie der Bio-Sprit, der Agro-Sprit, der aus Biomasse gewonnen wird. Wenn man es so macht wie in der Bundesrepublik mit der Beimischungsverpflichtung - die großen fossilen Energiekonzerne müssen auch Bio-Anteile in den Treibstoff mit hineintun -, dann haben die natürlich nur ein Interesse daran, diesen Stoff möglichst billig zu bekommen. Dafür gehen sie dann nach Brasilien und zapfen dort die großen Plantagen an, die überhaupt nicht nachhaltig bewirtschaftet werden, machen daraus den Sprit und erfüllen ihre Beimischungsverpflichtung. Daran ist überhaupt nichts ökologisch, im Gegenteil, es ist außerordentlich zerstörerisch.

Erst gestern war in den Zeitungen zu lesen von Paul J. Crutzen, dem Nobelpreisträger, der sich sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigt hat, dass Bio-Sprit mehr CO₂ produziert als fossile Energieträger. Weil nämlich in diesen Großplantagen Düngemittel eingesetzt werden, große Maschinerie eingesetzt wird, und alles produziert CO₂. Man muss also wirklich ins Einzelne gehen, wenn man über Nachhaltigkeit und solare Gesellschaft bzw. Wirtschaft und über nachwachsende Rohstoffe usw. spricht. Man wird dann nämlich herausfinden, dass es nicht nur darum geht, in die bisherige fossile Energiekette einen anderen Energieträger einzubauen, sondern dass man diese ganze Kette verändern muss. Mit anderen Worten: Die Umsetzung der Energieträger in Arbeitsenergie, die Produktionsweise und dann auch die Gesellschaftsform müssen verändert werden, um hier überhaupt Nachhaltigkeit herstellen zu können.

Das ist also die Aufgabe, vor der wir stehen, eine Aufgabe, die erstens theoretischer Natur ist, die Analyse, nämlich zu begreifen, dass es sich hier um ein holistisches Projekt handelt, in dem alle Elemente eine Rolle spielen: Geld, Arbeit, Natur und auch die Art und Weise, wie wir mit Geld, Arbeit und Natur in der Produktionsweise, in der Gesellschaftsformation umgehen. Man kann eben nicht nur an einer Stelle etwas ändern und dabei alles andere so lassen, wie wir es gewohnt sind, sondern diese Änderung muss sehr umfassend sein und kann nur dann wirksam werden. Andererseits wissen wir auch, dass so etwas natürlich nur sehr langfristig passieren kann. Selbst in einer umwälzenden Revolution wird meistens nicht viel umgewälzt. Da wird die Macht zwar ausgetauscht, dann kommen andere an die Macht, so wie in Russland 1917, aber sie haben eigentlich die Produktionsweise nicht radikal verändert. Sie haben zwar die Eigentumsverhältnisse, aber nicht die Produktionsweise verändert, sie haben also in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit „Einholen und Überholen“ als Formel das Gleiche gemacht wie im west-



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

lichen Kapitalismus. Daran sind sie gescheitert, weil nämlich das Gleiche zu machen wie der westliche Kapitalismus, mit einem Eigentums- und einem politischen Steuerungssystem, das nicht so effizient ist wie das im Westen, letztendlich zum Scheitern führen musste.

Man wird also diesen gesamtgesellschaftlichen Kontext beachten müssen, da geht gar kein Weg daran vorbei. Wir müssen uns gleichzeitig darüber im Klaren sein, dass so etwas nur langfristig geht, mit anderen Worten: dass Bescheidenheit geboten ist, dass wir intellektuell weit ausholen müssen, um zu begreifen, worum es geht, wenn wir uns mit der Situation heute auseinander setzen. Und zugleich müssen wir, wenn wir praktisch-politisch diese Dinge verändernd umzusetzen versuchen, uns auch darüber Rechenschaft geben, dass wir es mit großen Trägheitselementen in uns selbst und in der Gesellschaft zu tun haben. Dies anzuerkennen, ist eine ganz große, aber irgendwie auch selbstverständliche Aufgabe.